

Unsere Forderungen zur Bundestagswahl

Für die Menschen
in Schleswig-Holstein



Jetzt kommt der Norden.



Fotos:
Lars Salomonsen
Grafik, Layout:
SSW, Andree Hagel
Druck:
Druckerei Nielsen, Flensburg
V.i.S.d.P.: SSW Landesverband,
Flemming Meyer

Zum ersten Mal seit 1961 tritt die Minderheitenpartei SSW in Schleswig-Holstein wieder zur Bundestagswahl an. Die Rahmenbedingungen der Minderheitenpolitik haben sich in den letzten Jahren einschneidend verändert. Während auf Landesebene große Fortschritte in der Minderheitenpolitik erzielt wurden, gilt dies nicht in gleichem Maße auf europäischer Ebene und für die Bundespolitik. So gibt es bei der Umsetzung der Europäischen Sprachcharta und der Rahmenkonvention für nationale Minderheiten seit Jahren kaum Fortschritte. Hinzu kommt, dass die zunehmende Vielfalt in der Parteienlandschaft zulasten einst großer Volksparteien minderheitenpoli-

tische Verhandlungen auf Bundesebene und eine Sicherung der berechtigten Interessen der Minderheiten erschweren. Deshalb hat sich der SSW zur Mission Bundestag aufgemacht.

Das deutsch-dänische Grenzgebiet ist die Vorzeigeregion in Minderheitenfragen – ein Musterbeispiel guter grenzüberschreitender Zusammenarbeit und eines positiven Miteinanders unterschiedlicher Kulturen und Sprachen. In einer Welt, in der das politische Spektrum sich vor allem nach rechts außen ausweitet, ist es wichtig, den Menschen positive Alternativen zu Hass, Angst und Fremden-



feindlichkeit aufzuzeigen. Der SSW ist diese positive Alternative.

Der geringe Einfluss schleswig-holsteinischer Bundestagsabgeordneter in ihren Fraktionen zeigt, dass wir eine unabhängige Stimme aus der Region brauchen, die sich konsequent für schleswig-holsteinische Belange einsetzt.

Wo waren die schleswig-holsteinischen Abgeordneten, als Deutschland und Dänemark während der Pandemie unabgestimmt und über unsere Köpfe hinweg die Grenzen dicht machten?

Wo sind die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten, wenn in Berlin ein Bun-

desverkehrswegeplan beschlossen wird, der Schleswig-Holstein kaum, Bayern aber umso mehr berücksichtigt?

Unser Schleswig-Holstein wird in Berlin unter Wert verkauft. Es ist an der Zeit, dass wir daran gemeinsam etwas ändern. Große Herausforderungen wie der Klimawandel oder die Corona-Pandemie können nicht allein auf zentraler Ebene gelöst werden. Sie müssen auch regional vor Ort angegangen werden, daher muss unsere Region sich stärker im Bundestag einbringen können. Und genau das tun wir.

Nur der SSW kann unabhängig und souverän die Themen ansprechen, die die Menschen

in Schleswig-Holstein bewegen – ohne sich Koalitionszwängen oder Ansprüchen anderer Bundesländer beugen zu müssen. All dies sind gute Gründe dafür, dass der SSW als Minderheiten- und Regionalpartei seinen politischen Einfluss auf die Bundesebene ausweitet.

Wir wollen, dass die Interessen Schleswig-Holsteins in Berlin besser wahrgenommen werden.

Wir wollen, dass der Norden in Berlin gestärkt wird.

Der SSW will in Berlin seine Stimme erheben als humane, soziale, umweltbewusste und regionale Alternative für die Minderheiten und die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins.

„Nur der SSW kann unabhängig und souverän die Themen ansprechen, die die Menschen in Schleswig-Holstein bewegen.“



Mit deiner ZWEITstimme:

Den Norden stärken

- regional
und nachhaltig



Jetzt kommt der Norden.

Wir wollen in Berlin eine zukunftsweisende Politik für unsere Region mitgestalten, die eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Bundeslandes voranbringt.

Der SSW ist in Schleswig-Holstein tief verankert. Wir kennen die heimischen Probleme und haben konstruktive Lösungsvorschläge. Der SSW will regionale Antworten auf die vielen Herausforderungen geben, die wir in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren gemeinsam meistern müssen.

Wir wollen einen nachhaltigen Klima- und Umweltschutz, weil dies für unser

Schleswig-Holstein mit seinen Küsten und der schönen Landschaft überlebenswichtig ist.

Wir müssen dafür sorgen, dass auch kommende Generationen in Schleswig-Holstein gut leben können. Wir können Klimaschutz und Energiewende nur effektiv umsetzen, wenn sie für alle bezahlbar bleiben. Der SSW steht für einen sozialen Klimaschutz. Wenn zum Beispiel wegen der Erhöhung der CO₂-Steuer die Kosten für Autos und Wohnung steigen, müssen die Menschen auf andere Weise steuerlich und finanziell entlastet werden. Sonst gibt es eine soziale Schieflage durch den Klimaschutz. Das wollen wir nicht.



Wir wollen alternative Energien überall dort fördern, wo es in und für Schleswig-Holstein sinnvoll ist, und wo die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gegeben ist, zum Beispiel Offshore Windparks, Bürgerwindparks oder etwa bei der Förderung von Wasserstofftechnik.

Wir wollen unsere heimische regionale Wirtschaft stärken und die Verkehrsinfrastruktur ausbauen.

Eine Vertiefung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich hat ein sehr großes wirtschaftliches Potential für unsere Region. Wer, wenn nicht der SSW, kann sich in Berlin überzeugend dafür einsetzen? Denn viele Barrieren der deutsch-dänischen Zusammenarbeit entstehen durch Gesetze, die in Berlin beschlossen werden.

Wir wollen eine Abschaffung der Grenzkontrollen, und ein regionales Anhörungsrecht

„Der SSW steht für einen sozialen Klimaschutz. Wenn zum Beispiel wegen der Erhöhung der CO₂-Steuer die Kosten für Auto und Wohnung steigen, müssen die Menschen auf andere Weise steuerlich und finanziell entlastet werden.“

bei der deutschen und dänischen Regierung für Maßnahmen, die uns im Norden betreffen. Wir tragen schließlich auch die Folgen vor Ort.

Die Verkehrsinfrastruktur ist in Schleswig-Holstein eine Herausforderung, die endlich angegangen werden muss. Der SSW hat einen Forderungskatalog sowohl für den Straßen-, als auch für den Schienenausbau in Schleswig-Holstein. Während Bayern im aktuellen Verkehrswegeplan mehr als 300 Initiativen durchgesetzt hat, kommt Schleswig-Holstein auf knapp über 20. Das muss sich ändern! Wir

werden in Berlin auf den Tisch hauen, für eine sinnvolle regionale Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein.

Wir wollen eine andere Landwirtschaftspolitik, die verstärkt auf regionale und ökologische Lebensmittelproduktion setzt. Wir müssen unsere heimischen Lebensmittel-erzeuger und Landwirte unterstützen, damit sie gute Lebensmittel herstellen können ohne unsere Umwelt und den Klimaschutz zu vernachlässigen.



Wir müssen finanzielle Anreize schaffen, damit die Landwirtschaft vor Ort sauberer und tiergerechter produzieren kann.

Wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass unsere Landwirte und Lebensmittelerzeuger eine Zukunft in Schleswig-Holstein haben. Wir brauchen bessere regionale

Vermarktungsstrategien für unsere heimischen Produkte. „Kauft regional“ muss das Motto werden.

Wir wollen, dass sich der Bund mehr als bisher dafür einsetzt, Flächen- und Hektarprämien an soziale und ökologische Standards zu auszurichten.

„Während Bayern im aktuellen Verkehrswegeplan mehr als 300 Initiativen durchgesetzt hat, kommt Schleswig-Holstein auf knapp über 20. Das muss sich ändern!“



Stefan Seidler

Wahlkreis 1, Flensburg-Schleswig
Spitzenkandidat

Mit deiner ZWEITstimme:

Minderheiten schützen und fördern



Jetzt kommt der Norden.

Wir treten als SSW zur Bundestagswahl an, weil wir mit der bisherigen Minderheitenpolitik in Berlin unzufrieden sind. Große Fortschritte in der Minderheitenpolitik sind in Schleswig-Holstein nur deshalb erreicht worden, weil der SSW landespolitisch eine wichtige Rolle spielt. Auf Bundesebene hat sich hingegen kaum etwas bewegt. Wir wollen erreichen, dass sich der Bund viel stärker als bisher in der Minderheitenpolitik engagiert.

Wir wollen, dass die Rechte der Minderheiten im Grundgesetz verankert werden.

In Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen sind die Rechte der Minderheiten in der Verfassung abgesichert. Auf Bundesebene ist dies nicht der Fall. Das ist inakzeptabel, weil die Bundespolitik die übergeordnete Verantwortung für die Minderheitenpolitik in Deutschland hat.

„Wir wollen erreichen, dass sich der Bund viel stärker als bisher in der Minderheitenpolitik engagiert.“



„Die Aufnahme der Minderheitenrechte ins Grundgesetz würde neben der gesellschaftlichen Akzeptanz für die Minderheiten auch ganz praktisch die Stellung der Minderheiten und Volksgruppen rechtlich bei Konfliktfällen verbessern.“

Ein Gutachten zeigt, dass sich aus den internationalen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik auch eine Anpassung des Grundgesetzes ergibt. Landesregelungen reichen hier nicht aus. Schon die Paulskirche-Verfassung und die Weimaer Verfassung hatten eine entsprechende Minderheitenregelung.

Die Aufnahme der Minderheitenrechte ins Grundgesetz würde neben der gesellschaft-

lichen Akzeptanz für die Minderheiten auch ganz praktisch die Stellung der Minderheiten und Volksgruppen rechtlich bei Konfliktfällen verbessern.

Wir wollen die Gleichberechtigung der Minderheiten auf Bundesebene, zum Beispiel bei Finanzen und Sprachen.

Der Bund muss die Minderheiten finanziell besser unterstützen. Dies gilt insbesondere für die friesische Volksgruppe, die finanziell benachteiligt ist. Auch die Arbeit der FUEN, des SSF und des ECMI müssen weiter finanziell unterstützt werden.

Der Gebrauch von Minderheiten- und Regionalsprachen gegenüber Bundesbehörden

und bei den Sozialversicherungsträgern muss ohne eigene Übersetzungskosten möglich sein. Dies gilt für die Abgabe von Papieren in dänischer und friesischer Sprache sowie für die Möglichkeit, Dänisch und Friesisch bei Bundesbehörden zu sprechen. Dies soll natürlich nur für das Siedlungsgebiet der dänischen Minderheit und Friesen im Norden Schleswig-Holsteins gelten.

„Der Bund muss die Minderheiten finanziell besser unterstützen. Dies gilt insbesondere für die friesische Volksgruppe, die finanziell benachteiligt ist.“



Wir wollen §184 des Gerichtsverfassungsgesetzes ändern, damit die Minderheiten ohne Übersetzungskosten mündlich und schriftlich vor Gericht ihre Sprache benutzen können.

Wir wollen die guten Erfahrungen der Minderheitenpolitik des deutsch-dänischen Grenzlandes für eine progressive Minderheitenpolitik in Deutschland und Europa nutzen.

Wir wollen eine konsequente Bekämpfung der Diskriminierung von Sinti und Roma in

Deutschland. Dazu wollen wir einen Beauftragten gegen Antiziganismus einsetzen und einen bundesweiten Aktionsplan zur Bekämpfung von Antiziganismus anschieben.

Wir wollen, dass sich der Bund in Brüssel noch viel stärker für die Umsetzung der Minority-SafePack-Initiative einsetzt. Die Zuständigkeit für Minderheiten muss endlich in der EU-Kommission verankert werden.

„Wir wollen die guten Erfahrungen der Minderheitenpolitik des deutsch-dänischen Grenzlandes für eine progressive Minderheitenpolitik in Deutschland und Europa nutzen.“



Maylis Roßberg

Wahlkreis 4, Rendsburg-Eckernförde

Listenplatz 2

Mit deiner ZWEITstimme:

Politik skandinavisch gestalten



Jetzt kommt der Norden.

Als Partei der dänischen Minderheit haben wir enge Verbindungen nach Skandinavien. Wir haben uns immer von pragmatischen und vernünftigen Lösungsvorschlägen aus Skandinavien inspirieren lassen, um gesellschaftliche Probleme zu lösen. Dies gilt insbesondere für die Art, wie man Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort macht. Wir wollen uns an guten Beispielen aus den skandinavischen Ländern orientieren, um die kommenden Herausforderungen Schleswig-Holsteins zu bewältigen.

Wir wollen uns an dem skandinavischen Wohlfahrtsstaat orientieren, um den Menschen soziale Sicherheit zu geben.

Dazu gehört ein öffentliches Gesundheitswesen, in dem die Beschäftigten ordentlich bezahlt werden, und private Anbieter keinen Profit machen können. Gesundheit ist keine Ware und muss von der öffentlichen Hand organisiert werden.

„Wir haben uns immer von pragmatischen und vernünftigen Lösungsvorschlägen aus Skandinavien inspirieren lassen, um gesellschaftliche Probleme zu lösen.“



„Wir wollen einen Mindestlohn, von dem man leben kann, und der am Ende auch dazu beiträgt, dass man später eine ordentliche Rente bekommt.“

Wir wollen einen Mindestlohn, von dem man leben kann, und der am Ende auch dazu beiträgt, dass man später eine ordentliche Rente bekommt. In den skandinavischen Ländern gibt es vernünftige Löhne, die ein auskömmliches Leben für die breite Bevölkerung sichern.

Wir wollen eine Grundrente auf hohem Niveau, die dafür sorgt, dass es keine Altersarmut gibt. Menschen, die jahrzehntelang

gearbeitet haben, müssen eine auskömmliche Rente bekommen.

Wir wollen, dass die digitale Infrastruktur in Schleswig-Holstein schneller und zukunftsfähiger ausgebaut wird. Dies ist die Voraussetzung für eine effektive Digitalisierung von Verwaltung und Wirtschaft. Und auch hier können wir viel von unseren skandinavischen Nachbarn lernen.

„Wir wollen eine Grundrente auf hohem Niveau, die dafür sorgt, dass es keine Altersarmut gibt.“

Wir wollen die Digitalisierung von Verwaltung und Wirtschaft für die Bürgerinnen und Bürger voranbringen – effektiv und unbürokratisch nach skandinavischem Vorbild.

Die Corona-Pandemie hat gnadenlos aufgezeigt, wie weit die Bundesrepublik in der öffentlichen Verwaltung bei der Digitalisie-

rung hinterher hinkt. Gerade im Gesundheitsbereich wurde dies deutlich, wo immer noch das Fax zur Datenweitergabe genutzt wird. In Dänemark und Skandinavien ist man viel weiter. Dies zeigt sich zum Beispiel durch die effektivere Nachverfolgung von Infizierten oder bei der Steuerung von Impfungen. Das Gesundheitswesen braucht dringend

„Wir wollen, dass die digitale Infrastruktur in Schleswig-Holstein schneller und zukunftsfähiger ausgebaut wird. Dies ist die Voraussetzung für eine effektive Digitalisierung von Verwaltung und Wirtschaft.“



einen Digitalisierungsschub nach skandinavischem Vorbild.

Wir wollen die Digitalisierung bei der öffentlichen Verwaltung vorantreiben. Die Verwaltung muss den Bürgerinnen und Bürgern viel mehr digitale Angebote machen, damit der Gang zum Rathaus die Ausnahme wird. Der Datenschutz muss dabei gewährleistet bleiben.

Wir wollen ein elternunabhängiges BaFög nach dänischem Vorbild.

Auch im Ausbildungs- und Studienbereich können wir uns von unseren skandinavischen Freunden inspirieren lassen. Ein elternunabhängiges BaFög, überwiegend als Stipendium gezahlt, hilft den Studierenden dabei, sich auf das Studium zu konzentrieren. Gerade für Studentinnen und Studenten aus einkommensschwachen Familien ist das eine notwendige Entlastung. Das ist echte Chancengleichheit, denn Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

„Wir wollen ein elternunabhängiges BaFög nach dänischem Vorbild.“

Sybilla Nitsch

Wahlkreis 2,

Nordfriesland-Dithmarschen Nord

Listenplatz 3



Deine Zweitstimme für die Minderheiten und die Region



Jetzt kommt der Norden.

Der SSW ist nur ein kleines Zahnrad in einem riesigen Getriebe, doch mit der Unterstützung der Wählerinnen und Wähler können wir viel für Schleswig-Holstein bewirken.

Wir sind die einzige Partei, die sich unverfälscht für die Interessen des Nordens der Republik einsetzen kann. Als Stimme des Nordens. Ohne Einschränkungen durch Fraktionszwang. Ohne Weichspülung durch Befindlichkeiten anderer Bundesländer. Ohne

den Einfluss großer Konzerne und Lobbyisten. Ihr Geld und ihre Macht interessieren uns nur insofern, als dass sie zurück in die Hände der Bürgerinnen und Bürger gehören.

Unsere Ausrichtung ist klar: Wir wollen einen solidarischen Wohlfahrtsstaat, in dem die Lasten gerecht verteilt werden und den Schwachen geholfen wird. Voraussetzung für Gerechtigkeit ist vor allem, dass alle Kinder Zugang zur bestmöglichen Bildung und die

„Unsere Ausrichtung ist klar: Wir wollen einen solidarischen Wohlfahrtsstaat, in dem die Lasten gerecht verteilt werden und den Schwachen geholfen wird.“



Erwachsenen gute Arbeitsbedingungen haben.

Gerechtigkeit bedeutet auch, dass die Politik alle Regionen im Land im Blick hat und die regionale wirtschaftliche Entwicklung fördert.

Als Partei der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe steht der SSW für eine fruchtbare Zusammenarbeit von Deutschen, Dänen, Friesen, Sinti und Roma und natürlich ebenso mit allen zugewanderten Menschen in unserem Land.

Der Klimaschutz ist uns eine Herzensangelegenheit. Nur wenn wir die Erderwärmung jetzt begrenzen, können wir die Lebensgrundlagen in unserem schönen Schleswig-Holstein erhalten.

Der SSW kann auf seine ganz eigene Art dazu beitragen, dass die Interessen der Menschen in Schleswig-Holstein im Bundestag besser berücksichtigt werden. Wir haben den Vorteil, dass wir nicht davon abhängig sind, was eine Bundespartei in Berlin will, oder mit wem sie gerade koalitiert. Der SSW kann sich voll und

„Der SSW kann sich voll und ganz darauf konzentrieren, was für die Menschen in Schleswig-Holstein am besten ist – und genau das tun wir.“

ganz darauf konzentrieren, was für die Menschen in Schleswig-Holstein am besten ist – und genau das tun wir.

Der SSW stellt traditionell nur im nördlichen Landesteil Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten auf. Aber mit der Zweitstimme können alle in Schleswig-Holstein die Landesliste des SSW wählen und dazu beitragen, dass die Partei der Minderheiten zum ersten Mal seit 1953 wieder in den Bundestag einzieht. Der SSW braucht etwa 40-50.000 Zweitstimmen, um ein Mandat im Bundestag zu erringen, da die Partei auch auf Bundesebene von der Sperrklausel befreit ist.

Mit deiner Zweitstimme können wir dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein im Bundestag endlich gehört wird.

Darum:

Am 26. September 2021 den SSW wählen.



SSW Landesverband

Norderstr. 76

24939 Flensburg

Telefon 0461-144 08 310

www.ssw.de



Am 26. September 2021 ist Bundestagswahl. Wir wollen:

- Minderheiten schützen und fördern
- Den Norden stärken
- Politik skandinavisch gestalten

Mit deiner ZWEITstimme für den SSW.



Jetzt kommt der Norden.